

Wo ist das Klavier?

Zu: „Grüne Wellenreiter“, FR-Meinung vom 11. Juni

Herr Schwarzkopf macht leider genau das, was ich vielen meiner Mitmenschen ankreide: zu schnell den Blick woanders hingewendet. Wieso sollen nun plötzlich die Grünen der Umwelt geschadet haben, wenn ausgerechnet sie es nicht schaffen, das Volk vom Umdenken zu überzeugen? Wie kann man so etwas in den Raum stellen? War die Aufmerksamkeitsspanne beim Thema „Versagen der Groko“ doch schon abgelaufen? Seit ihrem Bestehen wurden die Grünen und ihre Anhänger mitleidig belächelt oder als Spinner und Idioten beschimpft. Und nun sollen sie es sein, die „uns“ retten? Geht's noch? Wenn hier etwas versagt hat und es immer noch tut, dann diese Gesellschaft als Ganzes! Jeder Einzelne kann was tun, aber wenn man die Leute auf simple Dinge hinweist, wird man nur verständnislos angeschaut. Vereinzelt gibt es ein Aufstöhnen im Sinne von „Ich weiß, du hast ja recht, aaber ...“

Nein, tut mir leid. Ohne die Grünen wäre in Sachen Klimaschutz rein gar nichts passiert. Und solange es Minister-Darsteller*innen gibt wie Scheuer oder Klöckner, wird auch weiterhin nichts Richtiges passieren! Und von einer Klimakanzlerin träumen ja nur noch diejenigen, die die letzten Jahre auf einer einsamen Insel verpennt haben. Da nützt es auch nichts, wenn CDU-Hinterbänkler ihre Partei als „Klimaschutzpartei“ darzustellen versuchen oder die SPD Ähnliches mit ihrer Pseudo-Umweltministerin macht. Anstatt bedeutungsschwanger „Keine leichte Aufgabe“ zu schwafeln, wäre angebracht: Wo ist das Klavier? Wir packen mit an!

Dieter Künnecke, Offenbach

Milde für die Alten

Zu: „Wie Frankfurt die Welt nicht rettet“, FR-Regional vom 15. Juni

Eine große Bitte an unsere formidable FFF-Jugend: Wenn's denn so weit ist und der Bodensee unter RWEs CO₂-Schutzatmosphäre leise vor sich hin siedet, dann lasst uns Alten gegenüber Milde walten. Jene Milde, die wir unseren Eltern und Großeltern störrisch und besserwisserisch verwehrten, wenn wir immer wieder nachfragten: Warum habt ihr Gröfaz und seine ethisch hochwertigste und christlichst erzogenen Rassisten und Massenmörder – die Generation meines Vaters, meines Großvaters – und die 60 Millionen Kriegstoten zugelassen? Wenn ihr uns irgendwann fragt: „Warum habt ihr den Planeten so kriminell und nachhaltig versaut?“, dann kriegt ihr nur ein hilfloses Schulterzucken, weil es keinen einzigen Grund gäbe, der zu unserer Entlastung beitrüge.

Raimund Eschweiler, Oestrich-Winkel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert beim Symposium der Evangelischen Akademie zu Berlin zum Thema „Menschenrechte sind unteilbar – Flüchtlingschutz in Deutschland und Europa“ unter anderem eine Diskussion mit dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckhard Sommer.

24./25. Juni, jeweils ab 9 Uhr
Französische Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt 5, Berlin

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.

24. Juni, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Nukleare (UN-)Ordnung – Ist Europa machtlos?“ mit Christopher Daase von der Hessischen Stiftung und Konfliktforschung (HSFK), dem Friedensaktivist und Linken-Politiker Willi van Oyen und Heidi Kassai von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN Deutschland).

26. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.

Lutz „Bronski Büge“ stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.

19. September, 19.00 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Alles ist denkbar, aber wer denkt?

Mordfall Lübcke: „Auf die Hetze folgt die Tat“ und „Auf die Demokraten kommt es jetzt an“, FR-Politik und -Meinung v. 19.6.

Man sieht den Wald vor lauter Einzelfällen nicht

Am 2. Juni 2019 wird Walter Lübcke von einem polizeibekanntem Rechtsradikalen erschossen. Joachim Gauck schwadroniert von einer „erweiterten Toleranz gegen rechts“. Einige CDU-Politiker im Osten wollen mit der AfD koalieren. Man möge doch das Nationale mit den Sozialen vereinen. Alles ist denkbar, aber wer denkt?

Im Kontext des rechten Terrors wird reflexartig von „Einzeltätern“ gesprochen. Nur sieht man den Wald vor lauter Einzelfällen nicht mehr. Die Verbindungen der Rechten reichen bis weit in den deutschen Verfassungsschutz, die deutsche Polizei oder Bundeswehr hinein. Der Soldat Franco A. will als angeblicher syrischer Flüchtling einen Terroranschlag verüben. Hannibal und Uniter (auch hier viele Polizisten und Soldaten) stehen für Wehrsportgruppen der professionelleren Art, die am „Tag X“ mit Waffengewalt die Kontrolle übernehmen und zuvor gelistete politische Gegner eliminieren wollen. Polizisten geben die Privatadresse einer Frankfurter Anwältin an Rechte weiter, die daraufhin Drohbriefe der übelsten Sorte verschicken. Und es geht laufend so weiter...

Polizisten und Soldaten sind aber keine einfachen Bürger, sondern Repräsentanten der Exekutive. Sie verfügen über Waffen und Zugang zu sensiblen Daten. Wen beunruhigt das eigentlich? Bürgermeister, die sich gegen rechts positionieren, werden bedroht, verletzt und viral mit Hass- und Tötungsbotschaften traktiert.

Weite Teile der Rechten eint die Vorstellung vom Tag X, an dem die öffentliche Ordnung zusammenbrechen werde und kernige Kerle mit Knarren selbige nach ihren eigenen kruden Vor-

stellungen neu erschaffen. Eine Fantasie, die bei vielen emotional verhängt. Weltuntergangsszenarien sind verführerisch, keiner muss über die Fehler von gestern nachdenken, da doch die blau-braune Morgenröte lockt. Es gibt aber keinen Tag X, es gibt viele X-Tage. Für betende Muslime in Christchurch ebenso wie für die Menschen in Charlottesville, die von einem Nazi umgefahren wurden. Auch die Opfer von A. Breivik erlebten ihren Tag X im November 2011. Und viele andere mehr.

Nun wurde der verdiente CDU-Mann Walter Lübcke ermordet. Er war nicht rechts. Im Netz brodelte es vor Hämie.

„Ich fürchte nicht die Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern die Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.“ (Theodor W. Adorno)

Susanne Alpers, Frankfurt

Gleicher als der einfache Mensch

Warum ist in den Augen des Bundesinnenministers Seehofer, der ja auch als Verfassungsminister firmiert, erst die Ermordung eines „hohe(n) Repräsentant(en) des Staates“ durch einen gewaltorientierten Rechtsextremen eine Tat, die sich „gegen unser freiheitliches System“ richtet? Warum gilt dasselbe nicht für die Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte und Moscheen, für Körperverletzungen, Tötungen, Morde an jedem x-beliebigen Menschen durch gewaltorientierte Rechtsextreme bzw. durch als solche bekannte Personen?

Herr Seehofer sollte sich vorher überlegen, was er sagt, sonst könnte ich auf den Gedanken kommen, dass er „hohe Repräsentanten des Staates“ als bedeutender – und damit „gleicher“ – einstuft als jedes andere

Opfer solcher Taten, frei nach dem Song von Milva (falls sich jemand erinnert), die schon vor rund 40 Jahren sang, dass „eine Minderheit“ vor dem Gesetz „gleicher“ sei als jeder „einfache“ Mensch.

Roswitha Ristau, Braunschweig

Nicht vom hohen Gut der Meinungsfreiheit gedeckt

Angesichts des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wird immer wieder festgestellt, dass aus Hasskommentaren auch schnell mal Gewalttaten werden können. Wie man den Hasskommentaren und verbalen Bedrohungen in den sozialen Medien beikommen kann, dazu werden von den meisten Kommentatoren keine konkreten Lösungswege genannt, außer dass die Betreiber der sozialen Medien aufgefordert werden, solche Äußerungen umgehend zu löschen.

Hass, Beleidigung und der direkte oder indirekte Aufruf zu Straftaten ist aber durch unser hohes Gut der Meinungsfreiheit nicht gedeckt. Bevor die sozialen Medien aufkamen, war die massenhafte und schnelle Verbreitung solcher Äußerungen nicht möglich, da man z.B. in Leserbriefen seinen Namen und Wohnort nennen musste. Da es aber in den sozialen Medien eine solche Regel bisher nicht gibt, wird die Meinungsfreiheit massenhaft missbraucht. Eine einfache Regel könnte dem einen Riegel vorschieben: Absenderangaben müssen den Vor- und Nachnamen enthalten. Die Betreiber von Facebook, Twitter und Co müssten dazu die Adresse abspeichern, so dass Hassprediger im Internet schnell identifiziert und zur Verantwortung gezogen werden können.

Ulrich Horstmann, Gudensberg

Diskussion: frblog.de/luebcke

Renditejäger mit Lachanfall

Wohnungsbau: „Merkel hofft auf Investoren“, FR-Wirtschaft vom 15. Juni

Frau Merkel möchte ein Klima schaffen, in dem gerne gebaut wird. Weiß sie nicht, dass es dieses Klima längst gibt, seit man den Wohnungsmarkt der freien Marktwirtschaft ausgesetzt hat (mit kraftvollen Vermietern und kraftlosen Mietern)? Es wird gebaut, nur nicht genug, das wäre ja schädlich für Investoren – Wohnraum muss knapp gehalten werden, nur dann sprudeln die Renditen. Im Übrigen sind viele Kommunen selbst schuld an der Mietpreisexplosion, haben sie doch ihre Mietwohnungen einst an private Wohnungsunternehmen verschertelt.

Der zweite Wunsch der Kanzlerin, Investoren müssten sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, wird bei denen wohl zu einem Lachanfall geführt haben. Frau Merkel, Gefühle spielen bei Renditejägern keine Rolle, machen Sie sich bitte nicht auch noch lächerlich!

Wie wäre es denn, wenn es Bund, Ländern und Kommunen zukünftig nicht mehr erlaubt würde, Immobilien an private Unternehmen zu verkaufen (bei Gebäuden Verkaufsverbot, bei Grund und Boden nur noch Vergabe in Erbpacht)? Wenn bestehende Mietshäuser nicht mehr in Eigentumswohnungen umgewandelt werden dürften? Wenn bei Modernisierungsvorhaben ein Mitspracherecht der Mieter eingeführt würde, um Luxusmodernisierungen zum Zwecke der Mietervertreibung zu verhindern? Wenn Langzeitmietern (20 Jahre?) nicht mehr gekündigt werden dürfte? Wenn Eigenbedarfskündigungen nur noch bei Eigenbedarf des tatsächlichen Eigentümers zulässig wären, nicht mehr zugunsten von mehr oder weniger nahen Verwandten? Wenn Mietpreise gedeckelt würden und Erhöhungen nur noch in Höhe der Inflationsrate

zulässig wären (Bürokratiemonster? Na und? Wenn's der Gerechtigkeit dient)? Wenn Kommunen verpflichtet würden, ihr Vorkaufsrecht stärker wahrzunehmen (z.B. bis zur Höhe von x Prozent ihres Haushalts)? Wenn ein kleiner Prozentanteil der Miete (jeweils hälftig zu tragen von Vermieter und Mieter) in einen gemeinnützigen Fonds eingezahlt würde, aus dem Wohnungsbau (vielleicht gezielt in Ballungsgebieten) gefördert werden könnte? Wenn man wieder ein eigenes Wohnungsbauministerium schaffen würde wie in der Nachkriegszeit, um diesen wichtigen Bereich dem Einfluss des ebenso unwilligen wie unfähigen Innenministers zu entziehen? Wenn man auf die Abschaffung des Soli verzichten und diese Mittel dem Wohnungsbau zuweisen würde? Und so weiter.

Dietrich Buroh, Frankfurt